



## Vertrauen, Zufriedenheit, Zuversicht: Politische Einstellungen in Deutschland 2017 – Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage

*Sabine Pokorny*

### Zum Mitnehmen

- Entgegen dem medial vermittelten Bild sind die Deutschen zufrieden und optimistisch. Nur in einem kleinen, abgegrenzten Wählerpotenzial dominiert die Angst. Dieses Wählermilieu ist von allen anderen Parteianhängerschaften klar abgegrenzt.
- Über 80 Prozent sagen, ihnen gehe es gut und in Deutschland könne man gut leben.
- Gleichzeitig zeigen die Deutschen Mitgefühl für Schwächere.
- Die Einstellungen der AfD-Anhänger sind im Gegensatz zu allen anderen Wählerschaften von Angst und Untergangsszenarien geprägt.
- Demokratie und die damit verbundenen Freiheitsrechte fallen den Menschen spontan ein, wenn es darum geht, was Deutschland ausmacht. Auch das Thema Frieden befindet sich wieder auf der Agenda.
- Von einer Reihe getesteter Begriffe ragen zwei besonders heraus: Mit Eigenverantwortung und Verantwortung verbinden fast alle Befragten etwas Gutes.

## INHALT

- 
- 2** | Repräsentative Umfrage
  - 2** | Die Zukunft Deutschlands
  - 6** | Bewertung politischer Begriffe
  - 9** | Einstellungen zur sozialen Sicherheit und kulturellen Identität
  - 12** | Einstellungen zum Thema Digitalisierung
  - 14** | Einstellungen zum Thema Innere Sicherheit
  - 15** | Politische Parteien
  - 23** | Schlussbemerkung
- 

Deutschland ist sehr gut bis gut auf die Zukunft vorbereitet

## Repräsentative Umfrage

In der medialen Diskussion wird viel von der wachsenden gesellschaftlichen Kluft gesprochen und das Bild einer gespaltenen, verängstigten, verunsicherten und unzufriedenen Gesellschaft gezeichnet. Um zu überprüfen, ob dieses Bild empirisch Bestand hat, hat die Konrad-Adenauer-Stiftung eine repräsentative Mehrthemen-Umfrage durchgeführt. Dabei wurden Themen wie Innere Sicherheit, kulturelle Identität, die Zukunft Deutschlands sowie weitere politische Einstellungen untersucht. Die Umfrage wurde telefonisch zwischen dem 17. Januar und dem 28. Februar 2017 von der Ipsos GmbH durchgeführt<sup>1</sup>.

## Die Zukunft Deutschlands

Die Deutschen haben insgesamt ein positives Bild von ihrem Land. In einer offenen Abfrage, was Deutschland ausmacht, nennen 15 Prozent der Befragten spontan Freiheit/freie Meinungsäußerung/Religionsfreiheit. Die zweithäufigsten Nennungen fallen mit 13 Prozent in den Bereich Demokratie/Wahlrecht/Politik. Das demokratische System in Deutschland und die damit verbundenen Freiheiten werden offensichtlich sehr geschätzt. Weitere 12 Prozent geben die soziale Absicherung an. Je 11 Prozent nennen Sicherheit sowie Vielfalt/Solidarität/Toleranz. Zudem meint jeder Zehnte, Frieden sei ein Wesensmerkmal für Deutschland. Alle weiteren Nennungen liegen im einstelligen Prozentbereich.

Bei den wichtigsten persönlichen Themen liegt die Gesundheit vorn. Fast jeder Fünfte nennt in einer offenen Abfrage die Gesundheit. Jeder Zehnte gibt an, für ihn persönlich seien die eigenen Kinder und die Familie am wichtigsten. Damit liegen die privaten Bereiche bei den persönlich wichtigsten Themen wie zu erwarten auf den Top-Plätzen. Unter den Top-Fünf-Antworten finden sich aber auch drei politische Themenbereiche, die die Menschen so sehr beschäftigen, dass sie ihnen selbst dann einfallen, wenn sie nach Themen gefragt werden, die für sie persönlich wichtig sind. Jeder Zehnte findet den Themenkomplex Flüchtlingspolitik/Willkommenskultur/Integration wichtig. 8 Prozent nennen (Innere) Sicherheit/Angst vor Terror. Ebenfalls 8 Prozent halten das Thema Frieden/Angst vor Krieg für wichtig.

Für die Zukunft Deutschlands spielen ganz ähnliche Themen eine Rolle. Gefragt, welches Thema für die Zukunft Deutschlands das wichtigste sein wird, nennt gut ein Viertel den Themenkomplex Flüchtlingspolitik/Willkommenskultur/Integration. 11 Prozent halten den Bereich Innere Sicherheit/Gewalt/Angst vor Gewalt und Terror für zukünftig besonders wichtig. Mit 9 Prozent der Nennungen liegt das Thema Frieden/Angst vor Krieg auf Platz drei gefolgt von der Mitgliedschaft in der EU/Zusammenhalt in Europa mit 6 Prozent. Ebenfalls unter den Top-Fünf-Antworten befindet sich der Themenkomplex Zusammenhalt/Gemeinschaft/Miteinander/Einheit/Menschlichkeit. 5 Prozent der Befragten meinen, das sei für Deutschland in der Zukunft wichtig.

Zugleich meint ein Viertel der Bevölkerung, Deutschland sei sehr gut bis gut auf die Zukunft vorbereitet. Unter den Wählern von CDU und CSU liegt der Anteil mit 35 Prozent über dem Durchschnitt. Sie sehen von allen Anhängern am positivsten in die Zukunft, wohingegen die Anhänger der AfD am pessimistischsten sind. Lediglich 7 Prozent der AfD-Wähler sind der Ansicht, Deutschland sei gut oder sehr gut auf die Zukunft vorbereitet.

**Tabelle 1:**

Wenn Sie einmal an die Zukunft Deutschlands denken. Wie gut ist Deutschland Ihrer Meinung nach alles in allem auf die Zukunft vorbereitet? Bitte sagen Sie es mir auf einer Schulnotenskala von 1 bis 6, wobei die 1 "sehr gut" bedeutet und die 6 "sehr schlecht".							
	Gesamt	Anhänger der ...					
		CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD
Sehr gut/gut	26	35	28	28	21	27	7
Angaben in Prozent							
Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2017							

Deutsche machen sich wenig Sorgen.

Ein Teil des Fragebogens bestand aus gegensätzlichen Aussagen, zwischen denen sich die Befragten entscheiden mussten. Eine Aussage drückte Optimismus aus, die andere brachte eine eher pessimistische Sichtweise zum Ausdruck. Drei solcher Aussagenpaare wurden abgefragt. Dahinter stand die Idee, eine Art Sorgenbarometer zu bilden, indem die Antworten zu den pessimistischen Aussagen kombiniert würden. Insgesamt haben aber lediglich 60 Befragte (3,0 Prozent) allen drei Aussagen zugestimmt, sodass eine detaillierte Analyse der sehr besorgten Bürger nicht möglich ist, weil es zu wenige sind. Daher können nur die teilweise besorgten Bürger untersucht werden.

Der Anteil der Besorgten variiert je nach Aussagenpaar. Der Aussage „Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt, aber ich habe häufig Angst vor dem, was kommen wird“ stimmen 42 Prozent der Bevölkerung zu. 58 Prozent sehen dagegen optimistisch in die Zukunft und stimmen der Aussage zu „Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt, aber ich glaube, dass alles gut wird“. Der Anteil derjenigen, die Angst vor der Zukunft äußern, ist unter den Wählern von CDU und CSU mit Abstand am geringsten. Lediglich ein Viertel der Unionswähler hat Angst vor der Zukunft. Ganz im Gegensatz zu den Wählern der AfD. Unter ihnen findet sich der höchste Anteil an Zustimmung zur pessimistischen Aussage. Drei Viertel der AfD-Wähler haben häufig Angst vor dem, was die Zukunft bringt.

**Tabelle 2:**

Ich lese Ihnen nun jeweils gegensätzliche Aussagen vor, die man manchmal über Deutschland hört. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher der beiden Aussagen Sie eher zustimmen - und in welchem Maße. Welcher dieser beiden Aussagen stimmen Sie eher zu?							
	Gesamt	Anhänger der ...					
		CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD
Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt, aber ich habe häufig Angst vor dem, was kommen wird.	42	26	41	43	49	35	77
Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt, aber ich glaube, dass alles gut wird.	58	74	59	57	51	65	23
Angaben in Prozent							
Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2017							

Deutlich weniger Zustimmung erfährt die Aussage „Wenn es nach mir geht, soll sich so wenig wie möglich ändern“. Nur 12 Prozent stimmen hier zu. Die überwiegende Mehrheit entscheidet sich stattdessen für die Aussage „Wir müssen uns weiterentwickeln, sonst büßen wir den Wohlstand ein“. Am offensten für Veränderungen sind die Wähler der FDP, während sich die Wähler der AfD häufiger gegen Veränderungen aussprechen. Allerdings ist der Unterschied zwischen den Wählergruppen hier sehr gering.

**Tabelle 3:**

Ich lese Ihnen nun jeweils gegensätzliche Aussagen vor, die man manchmal über Deutschland hört. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher der beiden Aussagen Sie eher zustimmen - und in welchem Maße. Welcher dieser beiden Aussagen stimmen Sie eher zu?							
	Gesamt	Anhänger der ...					
		CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD
Wenn es nach mir geht, soll sich so wenig wie möglich verändern.	12	11	12	12	10	7	15
Wir müssen uns weiterentwickeln, sonst büßen wir den Wohlstand ein.	88	89	88	88	90	93	85
Angaben in Prozent							
Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2017							

Stärkere Unterschiede zeigen sich bei unserem letzten Aussagenpaar. Insgesamt stimmen 29 Prozent der Aussage zu „Wenn das so weitergeht, sehe ich schwarz für Deutschland“. Die Mehrheit von 71 Prozent vertraut dagegen darauf, dass Deutschland künftige Herausforderungen bewältigt. Die Wähler der Grünen sind am optimistischsten eingestellt, dicht gefolgt von den CDU/CSU-Wählern. Die Wähler der AfD sind mit Abstand die pessimistischsten. 88 Prozent der AfD-Wähler sehen schwarz für Deutschland. Auch unter den Wählern der Linken ist die pessimistische Haltung mit 44 Prozent deutlich stärker vertreten als im Durchschnitt.

**Tabelle 4:**

Ich lese Ihnen nun jeweils gegensätzliche Aussagen vor, die man manchmal über Deutschland hört. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher der beiden Aussagen Sie eher zustimmen - und in welchem Maße. Welcher dieser beiden Aussagen stimmen Sie eher zu?							
	Gesamt	Anhänger der ...					
		CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD
Wenn das so weitergeht, sehe ich schwarz für Deutschland.	29	15	21	12	44	22	85
Ich vertraue darauf, dass Deutschland künftige Herausforderungen bewältigt.	71	85	79	88	56	78	15
Angaben in Prozent							
Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2017							

Ein sehr ähnliches Bild ergibt sich, wenn man untersucht, wie hoch die Zustimmung zu mehreren pessimistischen Aussagen gleichzeitig ist. Wie schon erwähnt, ist die Zustimmung zu allen drei pessimistischen Aussagen sehr gering. Der Anteil an sehr besorgten Menschen, die angstvoll in die Zukunft sehen, ist also sehr niedrig. Stattdessen stimmt nahezu die Hälfte der Befragten keiner einzigen sorgenvollen Aussage zu, sondern entscheidet sich bei allen drei Paaren für die optimistische Aussage. Ein gutes Viertel stimmt einer pessimistischen Aussage zu, weitere 23 Prozent haben sich bei zwei Paaren für die sorgenvolle Variante entschieden. Der Anteil an rein optimistischen Aussagen ist unter CDU/CSU-Wählern am höchsten. 62 Prozent der CDU/CSU-Wähler haben sich immer für die optimistische Aussage entschieden. Unter allen anderen Wählergruppen ist dieser Anteil geringer, die FDP-Wähler liegen mit 58 Prozent aber auf einem ähnlichen Niveau. Überdurchschnittlich viele besorgte Menschen finden sich bei der Linken. 30 Prozent der Linken-Wähler entscheiden sich bei zwei von drei Paaren für die pessimistische Sichtweise. Am sorgenvollsten sind die AfD-Wähler. Lediglich jeder zehnte AfD-Wähler stimmt in allen Fällen der optimistischen Aussage zu. Zwei Drittel der AfD-Wähler entscheiden sich bei zwei Paaren für die pessimistische Aussage und jeder Zehnte stimmt sogar allen drei pessimistischen Aussagen zu. Damit unterscheiden sich die Wähler der AfD deutlich vom Durchschnitt der Bevölkerung. Unentschlossene, die nicht wissen, welche Partei sie wählen würden, sind zwar besorgter als der Durchschnitt, aber sehen immer noch deutlich optimistischer in die Zukunft als die Wähler der AfD.

AfD-Wähler sorgenvoller als alle anderen Wählerschaften

**Tabelle 5:**

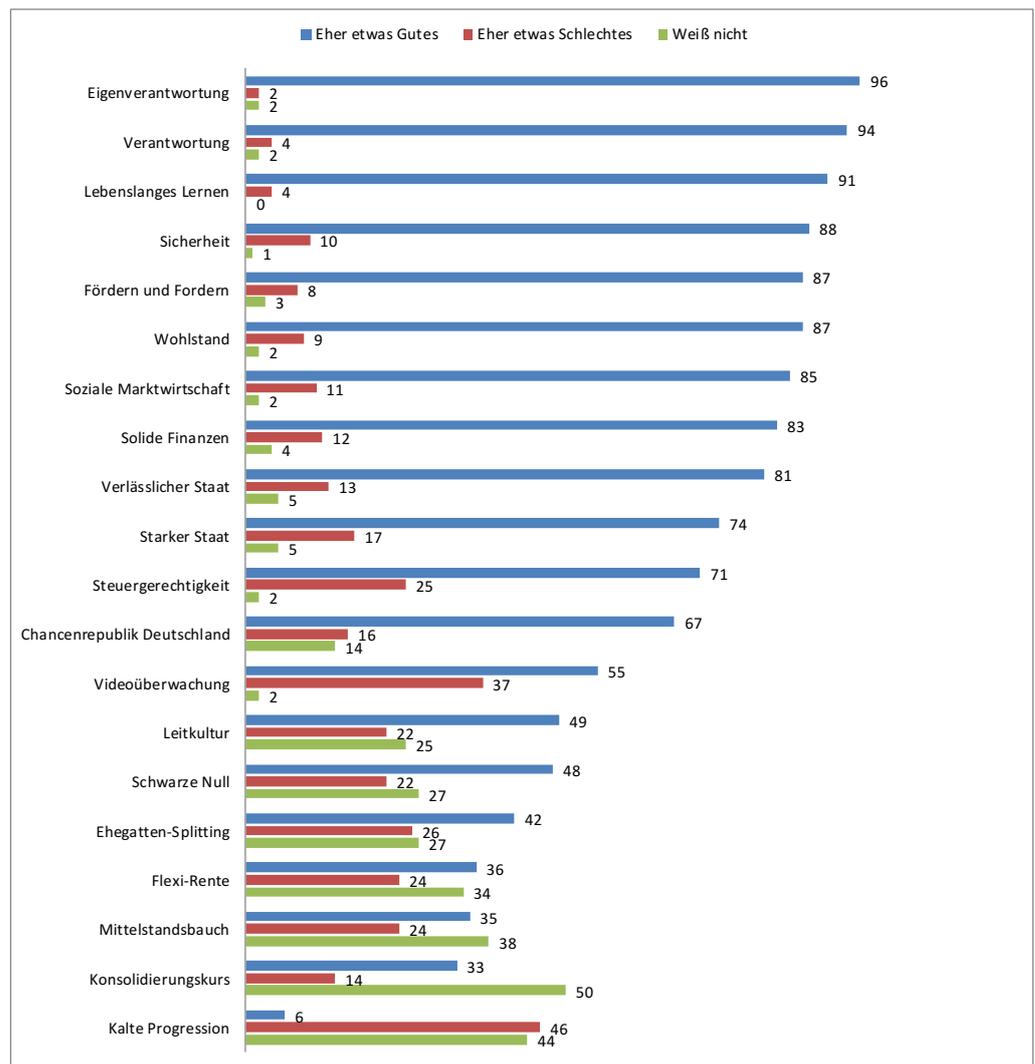
Anzahl pessimistischer Aussagen	Gesamt	Unentschlossene	Anhänger der ...					
			CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD
0	46	25	62	49	47	36	58	11
1	28	46	24	31	38	29	21	12
2	23	25	13	19	15	30	19	67
3	3*	4	1	2	0	6	2	11
Angaben in Prozent; *60 Befragte								
Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2017								

Es zeigt sich, dass sich die Wähler von Union und AfD wie Antipoden gegenüberstehen. Die einen blicken optimistisch in die Zukunft, während die anderen „schwarz für Deutschland sehen“. Die Anhänger der Linken sind ebenfalls etwas sorgenvoller als der Rest, aber nicht in dem Maße wie die AfD-Wähler.

## Bewertung politischer Begriffe

In der politischen Diskussion werden von Politikern wie von Medien immer wieder bestimmte politische Begriffe verwendet. Wir wollten wissen, ob diese Begriffe den Menschen überhaupt bekannt sind und wenn ja, ob sie diese Begriffe eher positiv oder eher negativ wahrnehmen<sup>2</sup>.

**Abbildung 1: Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Begriffe. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie mit diesem Begriff eher etwas Gutes verbinden, eher etwas Schlechtes – oder ob Sie nicht wissen, was dieser Begriff bedeutet.**



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2017

Eigenverantwortung und Verantwortung von fast allen mit etwas Gutem verbunden

Besonders positiv mit über 90 Prozent der Nennungen werden die Begriffe Eigenverantwortung, Verantwortung und lebenslanges Lernen wahrgenommen. Nur eine sehr geringe Minderheit verbindet mit diesen Begriffen eher etwas Schlechtes oder weiß nicht, was sie bedeuten. Der Begriff Eigenverantwortung wird von 96 Prozent positiv gesehen. Von AfD-Wählern wird Eigenverantwortung etwas unterdurchschnittlich positiv bewertet (87 Prozent). Verantwortung wird im Mittel von 94 Prozent mit etwas Gutem verbunden. Von Personen mit geringer Bildung wird Verantwortung leicht unterdurchschnittlich positiv bewertet. Die Wähler der Grünen verbinden dagegen über-

durchschnittlich häufig etwas Gutes mit Verantwortung (100 Prozent). Lebenslanges Lernen sehen 91 Prozent positiv. Die Wähler der Grünen und der Linken (je 96 Prozent) bewerten lebenslanges Lernen etwas besser als der Durchschnitt, während die Wähler der AfD (84 Prozent) lebenslanges Lernen etwas weniger gut beurteilen.

Auch die Begriffe Sicherheit, Fördern und Fordern, Wohlstand, Soziale Marktwirtschaft, solide Finanzen und verlässlicher Staat werden von über 80 Prozent der Menschen positiv bewertet. Sicherheit sehen 88 Prozent positiv. Die Wähler von CDU/CSU (93 Prozent) bewerten Sicherheit positiver als der Durchschnitt. Von den Wählern der AfD halten dagegen nur 70 Prozent Sicherheit für etwas Gutes, 30 Prozent verbinden Sicherheit mit etwas Schlechtem. Ähnlich verhält es sich bei dem Begriff Fördern und Fordern, der von 87 Prozent positiv gesehen wird. CDU/CSU-Wähler verbinden den Begriff überdurchschnittlich häufig mit etwas Positivem (93 Prozent), während AfD-Wähler Fördern und Fordern seltener positiv bewerten (76 Prozent). Der Begriff Wohlstand wird ebenfalls von 87 Prozent mit etwas Gutem verbunden, dabei überdurchschnittlich häufig von Personen mit hohem Bildungsabschluss und von Wählern der Union (94 Prozent). AfD-Wähler sind erneut mit einer positiven Einschätzung zurückhaltender (71 Prozent). Dagegen wird die soziale Marktwirtschaft bei einem Mittel von 85 Prozent von SPD-Wählern häufiger mit etwas Gutem verbunden (91 Prozent), von den Wählern der Linken deutlich seltener (62 Prozent). Solide Finanzen erhalten von 83 Prozent der Menschen eine gute Bewertung und werden von den Wählern der Union (90 Prozent) und der Grünen (90 Prozent) überdurchschnittlich positiv wahrgenommen. Schlechter als im Durchschnitt werden solide Finanzen dagegen von Personen unter 40 Jahren und von Wählern der Linken (76 Prozent) und der AfD (72 Prozent) bewertet. Der verlässliche Staat wird von 81 Prozent positiv wahrgenommen. Bei Älteren über 60 Jahren schneidet er besser ab. Auch Personen mit hoher formaler Bildung und Wähler von CDU und CSU (92 Prozent) verbinden mit diesem Begriff überdurchschnittlich häufig etwas Gutes. Dagegen wird der Begriff verlässlicher Staat unterdurchschnittlich bewertet von Personen aus Ostdeutschland, Personen mit geringem formalem Bildungsabschluss und Wählern der AfD (66 Prozent).

Im Mittelfeld mit 55 bis 74 Prozent positiver Bewertungen liegen die Begriffe starker Staat, Steuergerechtigkeit, Chancenrepublik Deutschland und Videoüberwachung. Der starke Staat wird von drei Vierteln der Bürger positiv wahrgenommen. Die Wähler von CDU und CSU bewerten einen starken Staat überdurchschnittlich gut (87 Prozent), wohingegen die Wähler der SPD (69 Prozent), der Grünen (67 Prozent), der Linken (65 Prozent) und der AfD (65 Prozent) den Begriff schlechter bewerten als der Durchschnitt. Steuergerechtigkeit verbinden 71 Prozent mit etwas Gutem. Die unter 40-Jährigen bewerten den Begriff der Steuergerechtigkeit insgesamt positiver als die über 50-Jährigen. Personen mit hoher formaler Bildung verbinden mit diesem Begriff häufiger etwas Positives als der Durchschnitt. In Ostdeutschland wird Steuergerechtigkeit seltener mit etwas Gutem verbunden als im Durchschnitt. Die Wähler der Union (78 Prozent), der Grünen (81 Prozent) und der Linken (76 Prozent) nehmen Steuergerechtigkeit positiver wahr als im Mittel, während nur zwei Drittel der Wähler der AfD Steuergerechtigkeit für etwas Gutes halten. Der Begriff Chancenrepublik Deutschland wird von zwei Dritteln der Bevölkerung positiv wahrgenommen. Die Wähler der Linken (52 Prozent) und der AfD (41 Prozent) verbinden ihn seltener mit etwas Gutem. Dagegen verbinden die Wähler von CDU/CSU (79 Prozent) und der SPD (75 Prozent) überdurchschnittlich häufig etwas Gutes mit der Chancenrepublik Deutschland. Allerdings wissen auch 14 Prozent den Begriff nicht einzuordnen. Die Videoüberwachung bewerten 55 Prozent positiv. Sie schneidet bei

### Hohes Informations- defizit bei einem Teil der politischen Begriffe

Älteren über 60 Jahren besser ab als bei Jüngeren unter 30 Jahren. Auch Ostdeutsche und Personen mit geringer formaler Bildung stehen Videoüberwachung positiver gegenüber. Eine negativere Einstellung zur Videoüberwachung haben dagegen Personen mit hoher Bildung. Die Wähler der Union (63 Prozent) und der AfD (75 Prozent) verbinden mit Videoüberwachung häufiger etwas Gutes als die Wähler der Grünen (34 Prozent) und der Linken (22 Prozent).

Sechs Begriffe werden von weniger als der Hälfte, aber mehr als einem Drittel eher mit etwas Gutem verbunden: Leitkultur, Schwarze Null, Ehegatten-Splitting, Flexi-Rente, Mittelstandsbauch und Konsolidierungskurs. Gleichzeitig gibt bei allen Begriffen über ein Viertel an, nicht zu wissen, was die Begriffe bedeuten. Beim Konsolidierungskurs sagt sogar jeder Zweite, den Begriff nicht zu kennen. Bei nahezu allen diesen Begriffen finden sich Alters-, Geschlechts- und Bildungseffekte. Jüngere wissen überdurchschnittlich häufig nicht, was die Begriffe bedeuten, während Ältere besser informiert sind. Zusätzlich wissen Frauen häufiger als Männer nichts mit den Begriffen anzufangen. Des Weiteren ist der Anteil derjenigen, die die Begriffe nicht kennen, umso höher, je niedriger das formale Bildungsniveau ist.

Den Begriff Leitkultur halten 49 Prozent für etwas Gutes. Die Wähler von CDU/CSU bewerten Leitkultur positiver als der Durchschnitt (61 Prozent). Die Wähler der Grünen (42 Prozent) und der Linken (36 Prozent) verbinden seltener als der Durchschnitt etwas Gutes mit dem Begriff. Die AfD-Wähler hingegen kennen den Begriff Leitkultur überdurchschnittlich häufig nicht. Fast ein Drittel der AfD-Wähler gibt an, nicht zu wissen, was Leitkultur bedeutet. Die Schwarze Null, die gerne in den Medien erwähnt wird, wird im Mittel von 48 Prozent positiv bewertet. Die Wähler der Union (55 Prozent) halten die Schwarze Null häufiger für etwas Gutes, wohingegen die Wähler der Grünen (39 Prozent) und der Linken (29 Prozent) den Begriff deutlich skeptischer bewerten. Das Ehegatten-Splitting bewerten 42 Prozent positiv. Die AfD-Wähler (48 Prozent) bewerten das Ehegatten-Splitting etwas häufiger positiv als der Durchschnitt. Die Flexi-Rente sehen 36 Prozent der Menschen positiv. Ostdeutsche Befragte sind besser über den Begriff Flexi-Rente informiert als der Durchschnitt, verbinden mit der Flexi-Rente aber häufiger etwas Schlechtes. Die Wähler der SPD (41 Prozent) und der Linken (41 Prozent) halten die Flexi-Rente dagegen überdurchschnittlich häufig für etwas Gutes, während die Wähler der AfD die Flexi-Rente besonders negativ bewerten. Jeder zweite AfD-Wähler verbindet damit eher etwas Schlechtes, nur jeder Fünfte etwas Gutes. Den Mittelstandsbauch sehen 35 Prozent als etwas Gutes. Die Wähler der Grünen (52 Prozent) und der AfD (45 Prozent) bewerten den Mittelstandsbauch besser als der Durchschnitt. Dagegen wird der Konsolidierungskurs, der im Mittel von einem Drittel positiv wahrgenommen wird, von Wählern von CDU/CSU (41 Prozent) besser, von den Wählern der AfD (24 Prozent) schlechter bewertet.

Die kalte Progression wird lediglich von 6 Prozent mit etwas Positivem verbunden. Nahezu die Hälfte nimmt den Begriff eher als etwas Schlechtes wahr. Zugleich kennen 44 Prozent den Begriff „kalte Progression“ nicht. Erneut nimmt die Unkenntnis mit zunehmendem Alter und steigendem Bildungsniveau ab. Frauen wissen seltener als Männer, was kalte Progression bedeutet. Die Wähler der Linken und der AfD sind besser über die kalte Progression informiert als der Durchschnitt. Nur etwa ein Drittel beider Wählerschaften gibt an, den Begriff nicht zu kennen. Die Mehrheit der Wähler der Linken (60 Prozent) und der AfD (63 Prozent) verbinden die kalte Progression mit etwas Schlechtem.

Einige Begriffe, die regelmäßig in politischen Debatten verwendet werden, werden von über einem Viertel der Bevölkerung offenbar nicht verstanden. Besonders hoch ist das Informationsdefizit unter Jüngeren und Personen mit einem geringen formalen Bildungsabschluss. Zudem sind Frauen schlechter informiert als Männer. Eine Reihe der häufig benutzten Begriffe wird aber auch von einer deutlichen Mehrheit verstanden und mit etwas Positivem verbunden. Besonders gut werden dabei die Begriffe Eigenverantwortung, Verantwortung und lebenslanges Lernen wahrgenommen.

## Einstellungen zur sozialen Sicherheit und kulturellen Identität

Die Themen Flüchtlinge, soziale Gerechtigkeit und Politikverdrossen gehören laut Politbarometer vom März 2017 zu den wichtigsten Problemen<sup>3</sup>. Daher hat die Konrad-Adenauer-Stiftung Aussagen zu diesen Themen abgefragt, um zu erfahren, wie es den Menschen geht, wie sie den Zustand der Politik und der Gesellschaft wahrnehmen und wie sie zu den Flüchtlingen stehen. Zudem wird immer wieder darüber gesprochen, was genau Familie ist. Daher ist auch eine Aussage zur Familie erhoben worden.

**Tabelle 6:**

Ich lese Ihnen noch einmal verschiedene Aussagen vor. Bitte sagen Sie mir, ob Sie der jeweiligen Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen.							
Aussagen (stimme voll und ganz/eher zu)	Gesamt	Anhänger der ...					
		CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD
Wir dürfen die, denen es in Deutschland schlechter geht, nicht vergessen.	91	89	90	98	97	93	84
Familie ist da, wo Eltern für Kinder Verantwortung tragen.	86	87	87	87	80	93	90
Alles in allem geht es mir gut.	84	88	89	90	88	80	67
In Deutschland kann man gut leben.	81	89	84	89	75	72	56
Wer hier leben will, muss sich der deutschen Kultur anpassen.	72	79	68	57	53	70	93
Menschen, die kein Recht haben, sich hier aufzuhalten, müssen konsequent zurückgeschickt werden.	60	66	57	35	41	76	84
In unserer Gesellschaft ist der Respekt voneinander verloren gegangen.	51	46	50	50	46	58	74
Ich glaube, dass mein Arbeitsplatz sicher ist.	49	51	45	53	45	45	54
Man kann heute nicht mehr sagen, was man eigentlich denkt.	36	31	32	18	26	35	74
Ich habe Angst, dass sich Deutschland durch Zuwanderung zu stark verändern wird.	34	28	28	8	25	32	84
An Leute wie mich denken Politiker nicht.	33	20	30	25	42	33	61
Ich glaube, dass ich von meiner Rente gut leben kann.	29	30	34	30	16	40	13
Der Staat hat die Flüchtlingskrise im Griff.	17	23	19	26	10	10	2
Angaben in Prozent							
Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2017							

Den Deutschen geht es gut.

Eine deutliche Mehrheit von über 80 Prozent gibt an, dass es ihnen alles in allem gut gehe. Ostdeutsche und Personen mit niedriger formaler Bildung stimmen dieser Aussage etwas seltener zu, formal höher Gebildete geben dagegen überdurchschnittlich oft an, es gehe ihnen gut. Am besten geht es den Wählern der Grünen und der SPD dicht gefolgt von den Wählern von CDU/CSU und der Linken. Lediglich die Wähler der AfD stimmen der Aussage seltener zu.

Dass man in Deutschland gut leben kann, finden ebenfalls 81 Prozent der Bevölkerung. Ostdeutsche und Personen mit niedrigem Bildungsabschluss stimmen dem unterdurchschnittlich zu, Jüngere unter 30 Jahren und formal höher Gebildete hingegen überdurchschnittlich. Auch die Wähler der Union und der Grünen meinen überdurchschnittlich oft, in Deutschland könne man gut leben. Die Wähler der Linken und der AfD stimmen dem jedoch seltener zu als der Durchschnitt. Drei Viertel der Linken-Wähler und jeder zweite AfD-Wähler finden, in Deutschland könne man gut leben.

Dass sie von ihrer Rente gut leben können, glaubt nur ein knappes Drittel der Bevölkerung. Von den über 60-Jährigen, die zum Teil schon im Ruhestand sind, meint dagegen jeder Zweite, von seiner Rente gut leben zu können. Alle anderen Altersgruppen stimmen der Aussage unterdurchschnittlich häufig zu. Am pessimistischsten sind die 30- bis 39-Jährigen, von denen lediglich jeder Zehnte glaubt, von seiner Rente gut leben zu können. Die Wähler der SPD sind leicht optimistischer als der Durchschnitt. Ein Drittel der SPD-Wähler stimmt der Aussage zu. Die Wähler der Linken und der AfD blicken hingegen am skeptischsten auf ihre Rente.

Ein Großteil der Bevölkerung zeigt Empathie für Menschen, denen es schlechter geht. 91 Prozent stimmen der Aussage zu „Wir dürfen die, denen es in Deutschland schlechter geht, nicht vergessen“. Die Wähler der AfD mahnen etwas seltener, auch an die zu denken, denen es schlechter geht. Am häufigsten stimmen die Wähler der Grünen und der Linken der Aussage zu.

Jeder Zweite stimmt der Aussage zu „Ich glaube, dass mein Arbeitsplatz sicher ist“. Wenn man die Befragten herausrechnet, die bei dieser Aussage mit „trifft nicht zu“ antworteten – vermutlich weil sie nicht berufstätig sind – halten sogar 59 Prozent ihren Arbeitsplatz für sicher. Mit zunehmendem Alter sinkt die vermutete Arbeitsplatzsicherheit. Unter den über 60-Jährigen halten nur 31 Prozent ihren Arbeitsplatz für sicher. Das liegt aber vor allem daran, dass 38 Prozent mit „trifft nicht zu“ antworteten. Ostdeutsche halten ihren Arbeitsplatz seltener für sicher als der Durchschnitt, Personen mit hohem Bildungsabschluss sind dagegen überdurchschnittlich häufig der Ansicht, ihr Arbeitsplatz sei sicher. Die Wählergruppen unterscheiden sich nicht nennenswert voneinander.

Einige Menschen haben den Eindruck, die Gesellschaft habe sich zum Negativen verändert. Dazu gehören Phänomene wie Politikverdrossenheit und Kulturpessimismus. Ein Drittel der Bevölkerung stimmt der Aussage zu „An Leute wie mich denken Politiker nicht“. Dieser Anteil sinkt mit steigendem formalem Bildungsniveau. Am geringsten ausgeprägt ist die Politikverdrossenheit unter Wählern von CDU/CSU und der Grünen. Nur ein Fünftel der CDU/CSU-Wähler und ein Viertel der Grünen-Wähler meinen, Politiker dächten nicht an sie. Dagegen fühlen sich 42 Prozent der Linken-Wähler und 61 Prozent der AfD-Wähler zu wenig von der Politik wahrgenommen.

Mangelnden Respekt beklagt jeder Zweite. 51 Prozent stimmen der Aussage zu „In unserer Gesellschaft ist der Respekt voreinander verloren gegangen“. Am weitesten verbreitet ist diese pessimistische Sicht bei 50- bis 59-Jährigen, am geringsten bei den unter 30-Jährigen. Am pessimistischsten sind die Wähler der AfD eingestellt. Drei Viertel sind der Auffassung, es gebe nicht mehr genug Respekt voreinander.

Zusätzlich meint ein gutes Drittel der Bevölkerung, man könne heute nicht mehr sagen, was man eigentlich denkt. Mit steigender formaler Bildung sinkt die Zustimmung zu dieser Aussage. Am geringsten ist diese Ansicht unter Wählern der Grünen und der Linken verbreitet. Unter den AfD-Wählern meinen hingegen drei Viertel, man könne seine Meinung nicht mehr offen sagen.

Bezüglich Zuwanderung und Integration unterscheiden sich die Gruppen erneut zum Teil stark voneinander. Insgesamt stimmen 60 Prozent der Aussage zu „Menschen, die kein Recht haben, sich hier aufzuhalten, müssen konsequent zurückgeschickt werden“. Personen unter 40 Jahren stimmen dem deutlich seltener zu als Personen über 50 Jahren. Mit steigendem Bildungsabschluss nimmt der Anteil derjenigen, die sich für eine konsequente Rückführung aussprechen, ab. Am höchsten ist die Befürwortung einer konsequenten Rückführung unter den Wählern der AfD. Aber auch die Wähler der FDP und der Union sprechen sich häufiger dafür aus als der Durchschnitt. Dagegen sind die Wähler der Grünen und der Linken wesentlich zurückhaltender mit ihrer Zustimmung zu der Aussage.

Die Mehrheit fordert eine Anpassung von Zuwanderern an die deutsche Kultur. 72 Prozent stimmen der Aussage zu „Wer hier leben will, muss sich der deutschen Kultur anpassen“. Eine frühere Studie kommt zu einem sehr ähnlichen Ergebnis<sup>4</sup>. Unter 40-Jährige stimmen dem seltener zu, über 60-Jährige häufiger. Erneut nimmt die Zustimmung mit steigendem formalem Bildungsniveau ab, liegt aber auch bei Personen mit einem hohen Bildungsabschluss noch bei 65 Prozent. Von den Wählern der AfD sprechen sich über 90 Prozent für eine Anpassung an die deutsche Kultur aus. Die Wähler der Grünen und der Linken sind dagegen zurückhaltender, aber auch hier befürwortet die Mehrheit eine Anpassung an die deutsche Kultur.

Das Urteil über die Flüchtlingssituation fällt wenig positiv aus. Nur 17 Prozent meinen, der Staat habe die Flüchtlingskrise im Griff. Unter 30-Jährige beurteilen die Leistung des Staates besser als der Durchschnitt. Auch Personen mit einem hohen Bildungsabschluss vertreten überdurchschnittlich häufig die Ansicht, der Staat habe die Situation im Griff. Am positivsten äußern sich die Wähler der Grünen und der Union. Etwa ein Viertel von ihnen stimmen der Aussage zu. Unter Linken- und FDP-Wählern meint dagegen nur jeder Zehnte, der Staat habe die Flüchtlingskrise im Griff, während das sogar nur 2 Prozent der AfD-Wähler glauben.

Angst vor zu starker Veränderung durch Zuwanderung hat nur eine Minderheit. Etwa ein Drittel der Bevölkerung stimmt der Aussage zu „Ich habe Angst, dass sich Deutschland durch Zuwanderung zu stark verändert“. Den unter 30-Jährigen bereitet die Zuwanderung weniger Sorgen. Zugleich sinkt die Sorge vor Veränderung mit steigendem Bildungsabschluss. Die Wähler der AfD zeigen sich überdurchschnittlich häufig besorgt. 84 Prozent der AfD-Wähler haben Angst, dass sich Deutschland durch Zuwanderung zu stark verändern wird. Dagegen sind die Wähler der Grünen mit Abstand am wenigsten besorgt. Lediglich 8 Prozent fürchten sich vor einer zu starken Veränderung.

Da es sich um eine Mehrthemen-Umfrage handelt, wurden vielfältige Themenbereiche abgefragt. Daher wurde auch eine Aussage zum Familienbild aufgenommen. Eine Mehrheit von 86 Prozent stimmt der Aussage zu, dass Familie da ist, wo Eltern für Kinder Verantwortung tragen. Die unter 30-Jährigen stimmen dem leicht weniger zu, ansonsten gibt es nahezu keine Gruppenunterschiede. Selbst die verschiedenen Wählergruppen sind sich in ihrem Familienbild sehr einig.

Von allen Wählergruppen sind die Wähler der AfD am unzufriedensten, zeigen die höchste Politikverdrossenheit und haben die negativste Haltung zu Zuwanderung. Tendenzen der Unzufriedenheit und des Politikverdrosses zeigen sich auch bei den Wählern der Linken, jedoch weniger ausgeprägt als bei den AfD-Anhängern.

## Einstellungen zum Thema Digitalisierung

### Positive Sicht auf Digitalisierung

Das Thema Digitalisierung spielt eine immer größere Rolle, da es alle Lebensbereiche betrifft. Insgesamt überwiegt eine positive Sicht auf das Thema. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist der Ansicht, die Digitalisierung mache unsere Arbeit leichter. Personen unter 40 sowie Personen mit einem hohen Bildungsabschluss vertreten diese Meinung überdurchschnittlich häufig. Auch die Wähler von SPD und FDP meinen häufiger als der Durchschnitt, die Digitalisierung mache unsere Arbeit leichter.

**Tabelle 7:**

In letzter Zeit wird viel über das Thema Digitalisierung gesprochen. Bitte sagen Sie mir wieder, inwiefern Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen.							
Aussagen (stimme voll und ganz/eher zu)	Gesamt	Anhänger der ...					
		CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD
Die Digitalisierung macht unsere Arbeit leichter.	54	57	59	50	53	59	51
Die Technik wird mir helfen, auch im Alter weiterhin unabhängig zu leben.	54	52	59	53	49	60	44
In Deutschland werden durch die Digitalisierung neue Arbeitsplätze entstehen.	44	47	51	36	41	51	30
Die Technik ist so kompliziert geworden, dass ich oft nicht weiß, wie ich sie bedienen soll.	34	36	35	22	23	36	37
Die Digitalisierung gefährdet unsere Arbeitsplätze.	29	26	30	27	40	37	41
Selbstfahrende Autos werden die Sicherheit im öffentlichen Straßenverkehr erhöhen.	27	29	23	22	29	37	16
Ich wünsche mir mehr Hilfe im Alltag durch technische Neuerungen.	25	28	28	17	14	23	16
Angaben in Prozent							
Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2017							

Zusätzlich stimmt über die Hälfte der Bevölkerung der Aussage zu „Die Technik wird mir helfen, auch im Alter weiterhin unabhängig zu leben“. Personen unter 30 Jahren sowie Personen mit einem hohen Bildungsabschluss sind überdurchschnittlich optimistisch, dass sie im Alter von der Digitalisierung profitieren werden. Männer (58 Prozent) stehen dem etwas positiver gegenüber als Frauen (50 Prozent). Erneut sind die Wähler von SPD und FDP häufiger der Meinung, die Technik werde ihnen im Alter helfen. Die Wähler der Linken und der AfD stehen technischen Hilfen skeptischer gegenüber als der Durchschnitt.

Dass durch die Digitalisierung in Deutschland neue Arbeitsplätze entstehen werden, glaubt zwar nicht mehr die Mehrheit, aber immerhin noch 44 Prozent der Bevölkerung. Erneut stimmen Befragte unter 30 Jahren überdurchschnittlich häufig zu. Auch Personen, die in Orten mit über 500.000 Einwohnern leben oder die über einen hohen Bildungsabschluss verfügen, meinen überdurchschnittlich oft, durch die Digitalisierung werden neue Arbeitsplätze entstehen. Die Wähler von SPD und FDP sind die optimistischsten, während die Wähler der Grünen und der AfD deutlich skeptischer sind, ob neue Arbeitsplätze entstehen werden.

Lediglich ein Drittel der Befragten hat Schwierigkeiten mit technischen Neuerungen und stimmt der Aussage zu „Die Technik ist so kompliziert geworden, dass ich oft nicht weiß, wie ich sie bedienen soll“. Bei den unter 30-Jährigen liegt der Anteil mit 13 Prozent noch einmal deutlich niedriger. Auch bei den 30- bis 39-Jährigen hat nur ein Fünftel Probleme mit dem Bedienen neuer Technik, wohingegen etwa die Hälfte der über 60-Jährigen angibt, oft nicht zu wissen, wie die Technik funktioniert. Zudem äußern Personen mit einem niedrigen Bildungsabschluss mehr Schwierigkeiten als Personen mit einem hohen formalen Bildungsabschluss. Unter den Wählerschaften weichen lediglich die Wähler der Grünen und der Linken vom Durchschnitt ab. Weniger als ein Viertel der Grünen- und Linken-Wähler hält die Technik oft für zu kompliziert.

Auch wenn weniger als die Hälfte der Bevölkerung der Meinung ist, durch die Digitalisierung werden Arbeitsplätze entstehen, denken gleichzeitig nur 29 Prozent der Bevölkerung, die Digitalisierung gefährde Arbeitsplätze. Die Angst vor einer Gefährdung von Arbeitsplätzen sinkt mit steigendem formalem Bildungsniveau. Die Wähler der FDP, der Linken sowie der AfD gehen überdurchschnittlich häufig davon aus, dass die Digitalisierung Arbeitsplätze gefährdet.

Selbstfahrende Autos als Symbol für technische Neuerungen werden eher skeptisch gesehen. Nur ein gutes Viertel der Befragten meint, selbstfahrende Autos werden die Sicherheit im öffentlichen Straßenverkehr erhöhen. Mit zunehmendem Alter sinkt der Anteil an Personen, die sich durch selbstfahrende Autos mehr Sicherheit versprechen. Bei den unter 40-Jährigen steht mehr als ein Drittel selbstfahrenden Autos offen gegenüber, während das nur für ein Fünftel der über 60-Jährigen gilt. Männer (34 Prozent) halten selbstfahrende Autos für sicherer als Frauen (21 Prozent). Zudem steigt der Glaube an eine zunehmende Sicherheit im Straßenverkehr mit steigendem formalem Bildungsniveau. Die Wähler der FDP glauben überdurchschnittlich häufig an mehr Sicherheit durch selbstfahrende Autos, während die Wähler der AfD am skeptischsten sind.

Auch mehr Hilfe im Alltag durch technische Neuerungen wünscht sich nur eine Minderheit. Ein Viertel der Befragten äußern diesen Wunsch. Männer (32 Prozent) wünschen sich häufiger Hilfe durch technische Neuerungen als Frauen (19 Prozent). Personen mit einem niedrigen Bildungsabschluss erhoffen sich durch technische Entwicklungen häufiger Hilfe im Alltag als Personen mit einem mittleren oder hohen Bildungsabschluss. Die Wähler der Grünen, der AfD und der Linken wünschen sich seltener im Alltag Hilfe durch Technik als der Durchschnitt.

#### Skepsis bei selbstfahrenden Autos und technischen Alltagshilfen

Insgesamt überwiegt eine positive Einstellung zur Digitalisierung. Es gibt jedoch nur wenig Zustimmung für selbstfahrende Autos oder mehr technische Hilfen im Alltag, sodass sich auch eine leichte Skepsis zeigt. Die Wähler der AfD sind dabei überdurchschnittlich skeptisch gegenüber Digitalisierung und technischen Neuerungen.

## Einstellungen zum Thema Innere Sicherheit

Spätestens seit dem Anschlag vom Berliner Breitscheidplatz ist das Thema Innere Sicherheit noch stärker in den Fokus gerückt. Bei allen Aussagen zur Inneren Sicherheit zeigt sich ein Muster: Die Zustimmung sinkt mit steigendem formalem Bildungsniveau. Je höher der Bildungsabschluss, desto geringer ist die Zustimmung zu einem härteren Durchsetzen der Gesetze, härteren Strafen, mehr Videoüberwachung sowie zur Aussage, dass Frauen nicht mehr nachts alleine ausgehen können und zur Angst vor chaotischen Zuständen.

**Tabelle 8:**

Nun geht es um das Thema Sicherheit. Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu?							
Aussagen (stimme voll und ganz/eher zu)	Gesamt	Anhänger der ...					
		CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD
Recht und Gesetz müssen viel härter durchgesetzt werden.	70	72	68	51	62	79	91
Es muss für viele Verbrechen härtere Strafen geben.	67	73	65	43	61	63	87
Es sollte viel mehr Videoüberwachung in der Öffentlichkeit geben.	50	62	47	25	29	52	63
Als Frau kann man heute nachts nicht mehr allein auf die Straße gehen.	45	44	44	27	37	38	73
Ich befürchte, dass es zu chaotischen Zuständen in Deutschland kommt.	27	20	22	9	27	27	68
Angaben in Prozent							
Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2017							

Die Mehrheit der Bürger spricht sich für ein härteres Vorgehen gegen Gesetzesverstöße aus. 70 Prozent stimmen der Aussage zu „Recht und Gesetz müssen viel härter durchgesetzt werden“. Jüngere Menschen unter 30 Jahren sind mit 55 Prozent etwas zurückhaltender beim Umsetzen von Gesetzen. Bei den Parteianhängern ist die Zustimmung unter den Wählern der AfD mit Abstand am höchsten. 91 Prozent der AfD-Wähler wünschen sich, dass Recht und Gesetz härter durchgesetzt werden. Dagegen äußert nur jeder zweite Grünen-Wähler diesen Wunsch.

Hohe Zustimmung im Bereich „Law and Order“

Neben einer härteren Durchsetzung von Gesetzen wünschen sich auch zwei Drittel der Bürger für viele Verbrechen härtere Strafen. Männer (61 Prozent) sind mit diesem Wunsch zurückhaltender als Frauen (71 Prozent). Die Wähler der AfD befürworten erneut überdurchschnittlich häufig härtere Strafen. Auch unter den Wählern der Union liegt die Zustimmung leicht über dem Durchschnitt. Die Wähler der Grünen weisen dagegen die geringste Zustimmung zu härteren Strafen auf.

Mehr Videoüberwachung in der Öffentlichkeit wünscht sich jeder zweite Bürger. Mit steigendem Alter steigt auch die Zustimmung zur Videoüberwachung. Zudem sprechen sich die Wähler der AfD und die Wähler der Union überdurchschnittlich häufig für mehr Videoüberwachung im öffentlichen Raum aus. Von den Wählern der Linken und der Grünen befürwortet dagegen nur eine Minderheit von etwa einem Viertel eine stärkere Videoüberwachung.

Der Aussage „Als Frau kann man heute nachts nicht mehr allein auf die Straße gehen“ stimmen 45 Prozent der Bürger zu. Unter 30-Jährige äußern diese Befürchtung seltener als über 60-Jährige. Frauen (49 Prozent) sind häufiger der Ansicht, sie könnten nachts nicht allein auf die Straße gehen, als Männer (40 Prozent). AfD-Wähler sehen besonders häufig ein nächtliches Gefährdungspotenzial von Frauen. Knapp drei Viertel der AfD-Wähler meinen, Frauen könnten nachts nicht allein auf die Straße

gehen. Damit sind die Wähler der AfD die einzige Wählergruppe, in der die Mehrheit zustimmt. Dagegen vertreten nur 37 Prozent der Linken-Wähler und 38 Prozent der FDP-Wähler diese Meinung. Am wenigsten sorgen sich die Wähler der Grünen. Nur ein gutes Viertel der Grünen-Wähler meint, Frauen könnten nachts nicht allein auf die Straße gehen.

Vor chaotischen Zuständen in Deutschland fürchtet sich nur eine Minderheit. Etwa ein Viertel der Befragten stimmt der Aussage zu „Ich befürchte, dass es zu chaotischen Zuständen in Deutschland kommt“. Frauen (30 Prozent) äußern diese Sorge etwas häufiger als Männer (22 Prozent). Die AfD-Wähler sind erneut die einzigen, die mehrheitlich zustimmen. Etwa zwei Drittel der AfD-Wähler fürchtet sich vor chaotischen Zuständen in Deutschland. Unter den Wählern von CDU/CSU ist diese Sorge dagegen leicht unterdurchschnittlich vertreten. Lediglich ein Fünftel der Unionswähler befürchtet chaotische Zustände. Am geringsten fällt die Zustimmung unter den Wählern der Grünen aus mit nur 9 Prozent.

Diejenigen, die Angst vor chaotischen Zuständen äußern, wurden zusätzlich gefragt, woran genau sie dabei denken. Knapp ein Viertel befürchtet chaotische Zustände durch Zuwanderung/Flüchtlinge. Weitere 22 Prozent derjenigen, die chaotische Zustände befürchten, nennen Kriminalität und Gewalt als Ursachen. Alle anderen Nennungen liegen im einstelligen Prozentbereich.

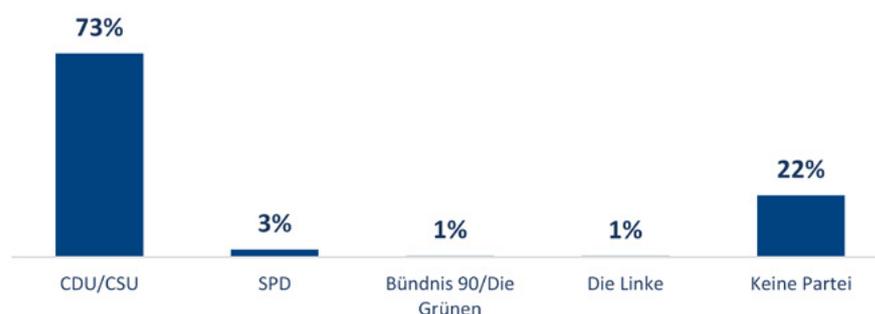
Insgesamt gibt es eine hohe Zustimmung für den Bereich „Law and Order“. Die größte Zustimmung findet sich unter AfD-Wählern, während die Wähler der Grünen zurückhaltender sind. Unter AfD-Wählern ist zudem die Angst vor Kriminalität und Chaos am weitesten verbreitet.

## Politische Parteien

Politischen Parteien werden in der Regel gewisse Eigenschaften zugeschrieben. Manche dieser Parteiimages sind langfristig stabil, andere ändern sich häufiger. Daher haben wir einige Eigenschaften abgefragt, um zu sehen, welche Parteien aktuell damit verbunden werden.

CDU und CSU werden deutlich als christliche Partei wahrgenommen. Etwa drei Viertel der Bürger sehen die Unionsparteien als christliche Parteien an. Ein weiteres Fünftel der Befragten ist dagegen der Meinung, keine Partei sei eine christliche Partei.

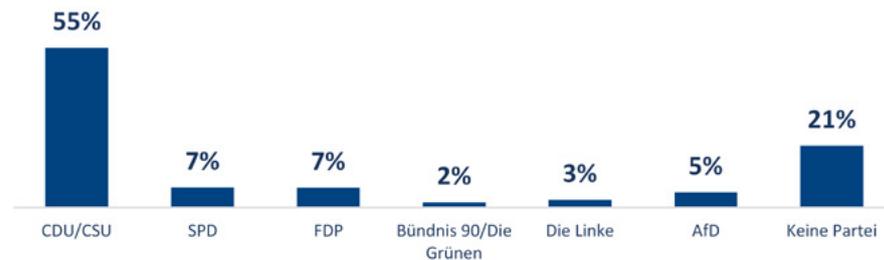
**Abbildung 2: Ich lese Ihnen jetzt verschiedene Eigenschaften vor, mit denen Parteien beschrieben werden können. Auf welche Partei trifft das am ehesten zu? ... ist eine christliche Partei.**



CDU/CSU christlich und konservativ

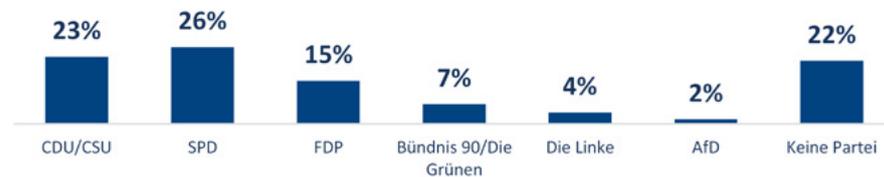
Auch als konservative Parteien werden klar CDU und CSU genannt. Über die Hälfte der Bürger halten CDU und CSU für konservative Parteien. Erneut sagt ein Fünftel, keine Partei sei konservativ.

**Abbildung 3: Ich lese Ihnen jetzt verschiedene Eigenschaften vor, mit denen Parteien beschrieben werden können. Auf welche Partei trifft das am ehesten zu? ... ist eine konservative Partei.**



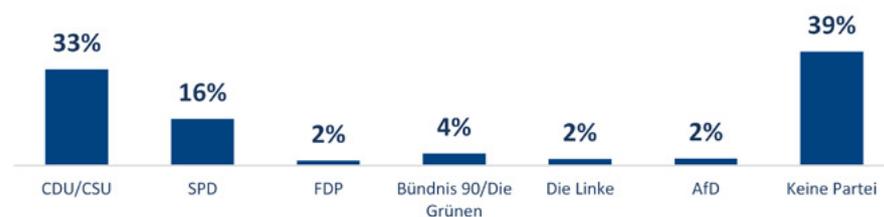
Weniger eindeutig fällt das Urteil aus, wenn es darum geht, welche Partei eine Partei der Mitte ist. Ein Viertel meint, die SPD sei eine Partei der Mitte. Knapp dahinter mit 23 Prozent der Nennungen liegt die Union. Ein weiteres gutes Fünftel findet dagegen, keine Partei sei eine Partei der Mitte, und 15 Prozent denken, diese Beschreibung treffe auf die FDP zu.

**Abbildung 4: Ich lese Ihnen jetzt verschiedene Eigenschaften vor, mit denen Parteien beschrieben werden können. Auf welche Partei trifft das am ehesten zu? ... ist eine Partei der Mitte.**



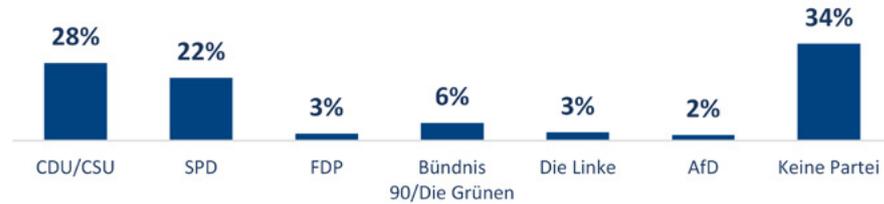
Bei der Problemlösungskompetenz vertritt die relative Mehrheit der Bevölkerung (39 Prozent) die Auffassung, keine Partei löse Probleme. Ein Drittel meint aber, die Union löse Probleme. Zusätzlich geben 16 Prozent an, die SPD sei eine Partei, die Probleme löst.

**Abbildung 5: Ich lese Ihnen jetzt verschiedene Eigenschaften vor, mit denen Parteien beschrieben werden können. Auf welche Partei trifft das am ehesten zu? ... löst Probleme.**



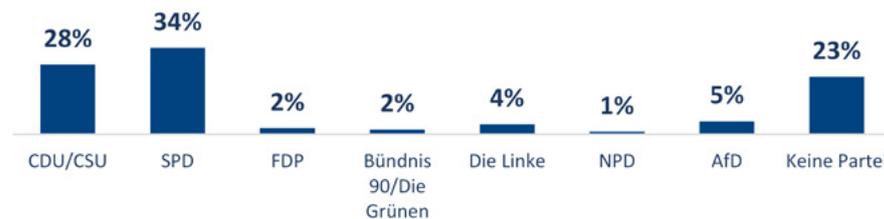
Auch bei der Frage, welcher Partei man in Zukunft vertrauen kann, liegt die Antwort „keine Partei“ mit 34 Prozent vorn. Danach folgt die Union mit 28 Prozent. Ein gutes Fünftel hat zudem Vertrauen in die SPD.

**Abbildung 6: Ich lese Ihnen jetzt verschiedene Eigenschaften vor, mit denen Parteien beschrieben werden können. Auf welche Partei trifft das am ehesten zu? ... kann man in der Zukunft vertrauen.**



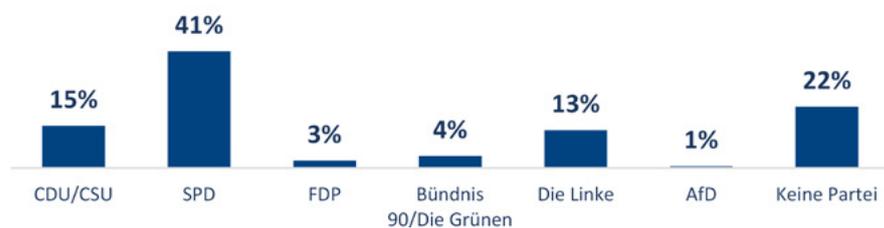
Bei der Frage, welche Partei eine Volkspartei ist, liegen erwartungsgemäß die beiden Volksparteien CDU/CSU und SPD auf den ersten Rängen. Ein Drittel hält die SPD für eine Volkspartei, während das 28 Prozent von der Union sagen. Weitere 23 Prozent meinen hingegen, keine Partei sei eine Volkspartei.

**Abbildung 7: Ich lese Ihnen jetzt verschiedene Eigenschaften vor, mit denen Parteien beschrieben werden können. Auf welche Partei trifft das am ehesten zu? ... ist eine Volkspartei.**



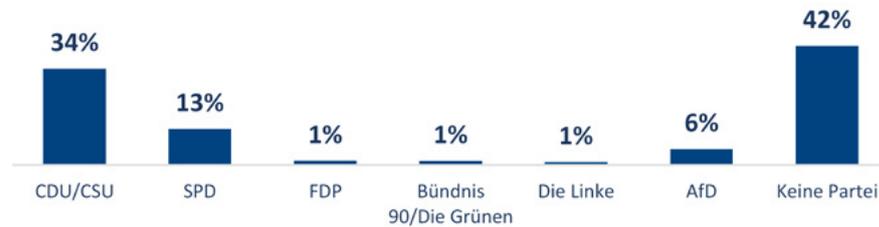
Das Image einer sozialen Partei wird am ehesten mit der SPD verbunden. 41 Prozent der Bürger halten die SPD für sozial. Ein gutes Fünftel meint dagegen, keine Partei sei sozial. Zudem schreiben 15 Prozent die Eigenschaft „sozial“ der Union zu und weitere 13 Prozent der Linken.

**Abbildung 8: Ich lese Ihnen jetzt verschiedene Eigenschaften vor, mit denen Parteien beschrieben werden können. Auf welche Partei trifft das am ehesten zu? ... ist sozial.**



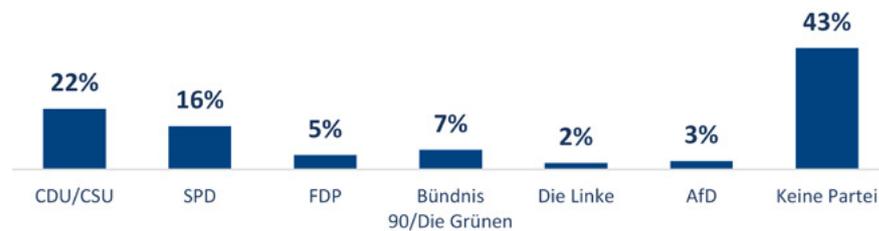
Mit 42 Prozent glaubt die relative Mehrheit der Befragten, keine Partei schütze den Bürger vor Verbrechen. Am zweithäufigsten wird allerdings die Union genannt. Ein Drittel der Bevölkerung ist der Meinung, die Union schütze den Bürger vor Verbrechen. Weitere 13 Prozent glauben das von der SPD.

**Abbildung 9: Ich lese Ihnen jetzt verschiedene Eigenschaften vor, mit denen Parteien beschrieben werden können. Auf welche Partei trifft das am ehesten zu? ... schützt den Bürger vor Verbrechen.**



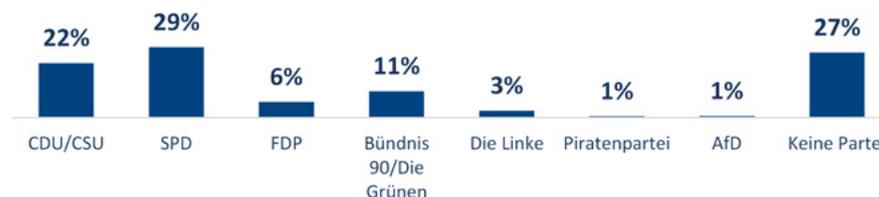
Maßvoll ist für 43 Prozent der Bürger keine Partei. Ein gutes Fünftel meint, die Union sei maßvoll. Weitere 16 Prozent meinen das von der SPD.

**Abbildung 10: Ich lese Ihnen jetzt verschiedene Eigenschaften vor, mit denen Parteien beschrieben werden können. Auf welche Partei trifft das am ehesten zu? ... ist maßvoll.**



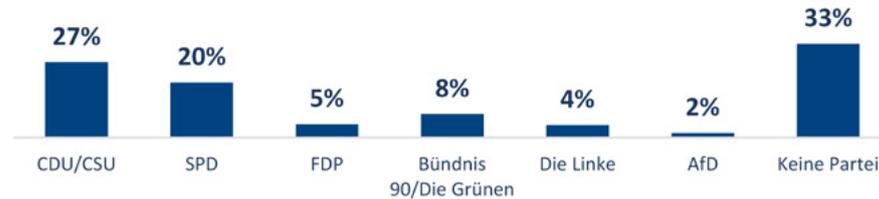
Bei der Kompromissfähigkeit von Parteien liegt die SPD knapp vorn. 29 Prozent äußern die Meinung, die SPD sei kompromissfähig. Ein gutes Viertel ist allerdings auch der Auffassung, das treffe auf keine Partei zu. Ein gutes Fünftel meint hingegen, CDU/CSU seien kompromissfähige Parteien. Zudem glaubt jeder Zehnte, die Grünen seien kompromissfähig.

**Abbildung 11: Ich lese Ihnen jetzt verschiedene Eigenschaften vor, mit denen Parteien beschrieben werden können. Auf welche Partei trifft das am ehesten zu? ... ist kompromissfähig.**



Als vernünftig stuft ein Drittel der Befragten keine Partei ein. Ein gutes Viertel hält die Unionsparteien für vernünftig. Ein Fünftel sagt das von der SPD.

**Abbildung 12: Ich lese Ihnen jetzt verschiedene Eigenschaften vor, mit denen Parteien beschrieben werden können. Auf welche Partei trifft das am ehesten zu? ... ist vernünftig.**



Es fällt auf, dass die kleinen Parteien kaum genannt werden. Mit den meisten Eigenschaften werden die beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD verbunden, wobei das Image der Union weiter verbreitet ist als das der SPD.

**Kein Rechtsruck der Bevölkerung**

Zu den Eigenschaften der Parteien gehört auch ihre Einordnung auf der sogenannten Rechts-Links-Skala. Der Durchschnitt der Bevölkerung positioniert sich auf einer Skala von 1 bis 11 bei 5,0, also leicht links der Mitte.

Optimal für den Erfolg einer Partei ist es, wenn die jeweilige Partei ungefähr dort eingeordnet wird – von der Gesamtbevölkerung, aber vor allem von ihren eigenen Anhängern – wo sich auch ihre Anhänger selbst positionieren. Bei der CDU ist das der Fall. Die Selbsteinstufung der Parteianhänger kann nicht zwischen CDU und CSU differenziert werden, sondern umfasst beide Gruppen, da die Wahlabsicht für CDU und CSU gemeinsam erfasst wurde. Doch obwohl die CSU-Anhänger darin enthalten sind, positionieren sich die Anhänger von CDU/CSU in etwa dort, wo sie selbst sowie die Gesamtbevölkerung die CDU auf der Rechts-Links-Skala positionieren, nämlich ziemlich genau in der Mitte dieser Skala. Die CDU wird von der Gesamtheit bei 5,5 verortet, ihre eigenen Anhänger sehen die Partei bei 5,3 und sich selbst bei 5,2. Hier liegt also eine gute Passung zwischen der Partei und ihren Anhängern vor.

Wie schon erwähnt, ist für die CSU keine separate Selbstpositionierung ihrer Anhänger vorhanden. Die Positionierung der CSU erfolgt daher auch durch die Anhänger beider Unionsparteien. Die Anhänger von CDU und CSU positionieren die CSU aber ungefähr dort, wo auch die Gesamtbevölkerung die CSU wahrnimmt. Die CSU wird rechts der Mitte positioniert bei 6,3, von den Unionswählern bei 6,1.

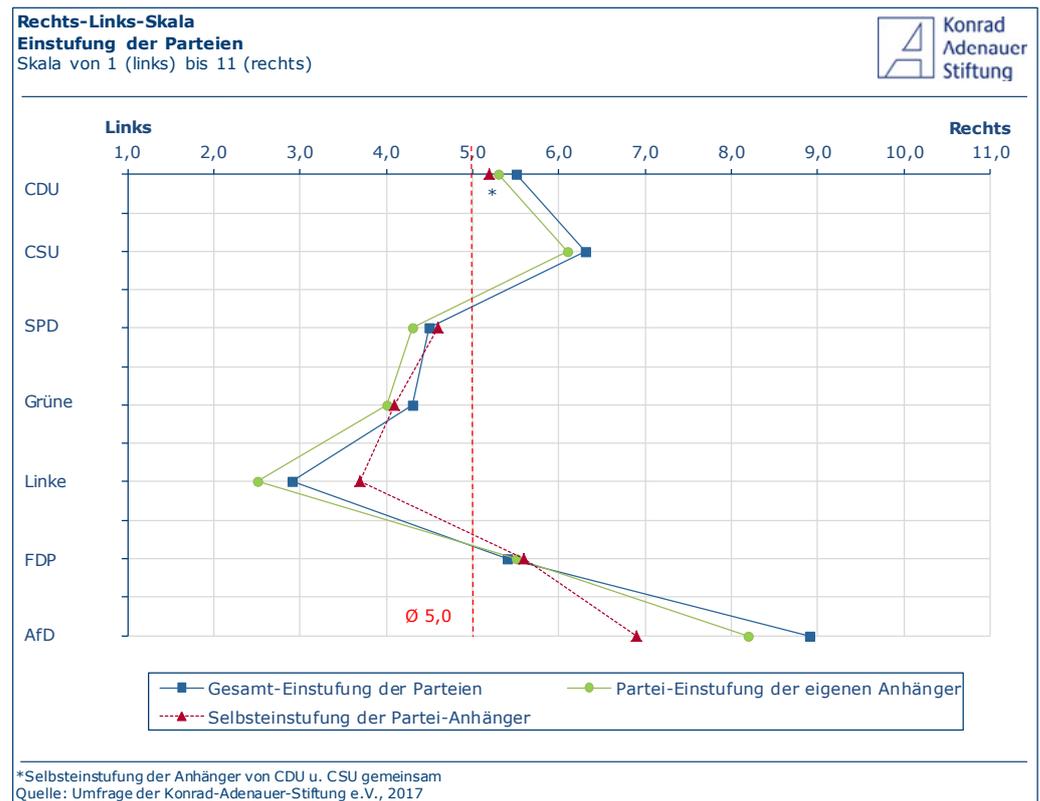
Auch bei SPD, Grünen und FDP liegt eine gute Passung zwischen den Parteien und ihren Anhängern vor. Die SPD wird insgesamt leicht links der Mitte wahrgenommen. Der Unterschied zur Position der Grünen ist gering, sie liegen noch ein wenig weiter links. Die FDP dagegen wird genau in der Mitte wahrgenommen wie die CDU.

**AfD und Linke nicht dort verortet, wo ihre Wähler sind.**

Bei zwei Parteien passen die Positionen auf dem Rechts-Links-Kontinuum von Partei und Wählern nicht so gut zusammen wie bei den anderen Parteien. Sowohl die Linke als auch die AfD werden nicht dort verortet, wo sich ihre Wähler positionieren. Die Linke wird von der Gesamtbevölkerung deutlich links der Mitte wahrgenommen bei 2,9. Ihre eigenen Anhänger vermuten die Partei sogar noch weiter links als die Gesamtheit der Befragten, nämlich bei 2,5. Sich selbst stufen die Anhänger der Linken jedoch weniger links ein bei einem Wert von 3,7. Das ist eine beachtliche Diskrepanz zwischen der Position der Partei und der ihrer Wähler.

Ähnlich verhält es sich bei der AfD. Im Durchschnitt aller Befragten wird die AfD sehr weit rechts bei 8,9 verortet. Ihre eigenen Anhänger sehen die Partei bei 8,2. Sich selbst stufen die AfD-Wähler allerdings mit 6,9 im Mittel deutlich weniger rechts ein als „ihre“ Partei. Auch hier kann nicht von einer guten Passung zwischen der Position der Partei und ihrer Wähler gesprochen werden.

**Abbildung 13: Einstufung der Parteien (Rechts-Links-Skala).**



Verschiedene Faktoren haben in den letzten Jahrzehnten dazu geführt, dass das Wahlverhalten immer volatiler wurde. Der Anteil an Wählern mit einer langfristigen Parteibindung nimmt ab, während im Gegenzug der Anteil an Wechselwählern steigt. Wenn man danach fragt, welche Parteien die Menschen in den letzten fünf Jahren bei Bundestags-, Landtags-, Europa- oder Kommunalwahlen gewählt haben, hat die Mehrheit für Union oder SPD gestimmt (Mehrfachnennungen möglich). Die Kreuzung mit der aktuellen Wahlabsicht zeigt, dass es zwar eine hohe Übereinstimmung zwischen früherem Wahlverhalten und aktueller Wahlabsicht gibt, es aber auch einen hohen Anteil an Wechselwählern gibt. Allerdings schwankt dieser Anteil je nach Partei. Bei der Union und den Grünen ist dieser Anteil am geringsten. Drei Viertel derjenigen, die aktuell die Union wählen würden, haben auch in den letzten fünf Jahren CDU oder CSU gewählt. Weitere 17 Prozent der jetzigen Unionswähler haben schon einmal für die SPD gestimmt. Von den derzeitigen Grünen-Wählern haben drei Viertel in den letzten fünf Jahren die Grünen gewählt. Gleichzeitig gibt aber ein knappes Drittel der jetzigen Grünen-Wähler an, auch schon einmal die SPD gewählt zu haben. Weitere 12 Prozent haben in den letzten fünf Jahren auch der Linken ihre Stimme gegeben. Von den derzeitigen SPD-Wählern haben zwei Drittel auch in den letzten fünf Jahren SPD gewählt. 17 Prozent haben auch schon einmal den Grünen ihre Stimme gegeben und 16 Prozent der Union. Bei den aktuellen

Wählern der Linken gibt nur jeder Zweite an, auch in den letzten fünf Jahren die Linke gewählt zu haben. Jeweils 18 Prozent haben ihre Stimme auch der SPD und den Grünen gegeben. Auch bei denjenigen, die aktuell die FDP wählen würden, hat nur die Hälfte in den letzten fünf Jahren FDP gewählt. Ein knappes Drittel der FDP-Wähler hat die Union gewählt, 13 Prozent haben für die SPD gestimmt. Am höchsten ist der Anteil der Wechselwähler naturgemäß unter den aktuellen Wählern der AfD, da sie die jüngste Partei ist. Lediglich 16 Prozent derjenigen, die jetzt für die AfD stimmen wollen, haben auch schon einmal AfD gewählt. Stattdessen haben 39 Prozent der jetzigen AfD-Wähler in den letzten fünf Jahren eine der beiden Unionsparteien gewählt. 18 Prozent haben ihre Stimme der SPD gegeben. Zudem geben 11 Prozent der aktuellen AfD-Wähler an, in den letzten fünf Jahren an keiner Wahl teilgenommen zu haben. Das ist über alle Parteien hinweg der höchste Anteil an ehemaligen Nichtwählern.

**Tabelle 9:**

Wenn Sie jetzt einmal an die letzten fünf Jahre denken: Welche Partei haben Sie in den letzten fünf Jahren gewählt - egal ob bei Bundestagswahlen, bei Landtags-, Europa- oder Kommunalwahlen? Gemeint ist die Zweitstimme, also die Stimme, die über die Stärke der Parteien im Parlament entscheidet, und nicht die Stimme, die Sie für den Kandidaten einer Partei abgegeben haben. Mehrfachnennungen möglich							
		Anhänger der ...					
	Gesamt	CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD
CDU/CSU	34	74	16	3	8	31	39
SPD	32	17	68	31	18	13	18
Bündnis 90/Die Grünen	15	7	17	74	18	5	2
Die Linke	7	1	6	12	52	0	7
FDP	6	6	3	1	0	53	5
AfD - Alternative für Deutschland	2	1	1	0	5	0	16
Angaben in Prozent							
Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2017							

Wahl mehrerer Parteien für viele Wähler vorstellbar

Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man fragt, welche Parteien sich die Menschen grundsätzlich vorstellen können, bei der nächsten Wahl zu wählen. Neben der CDU oder CSU können sich 22 Prozent der Wähler der Union auch vorstellen, ihre Stimme der SPD zu geben, 15 Prozent könnten für die FDP stimmen und jeder zehnte Unionswähler hält es auch für möglich, den Grünen seine Stimme zu geben. Unter den aktuellen SPD-Wählern kann sich auch ein Fünftel vorstellen, die Grünen zu wählen, 15 Prozent könnten für die Union stimmen und jeder Zehnte für die Linke. Bei den Wählern der Grünen geben sogar 39 Prozent an, sie könnten sich auch vorstellen, bei der nächsten Wahl die SPD zu wählen. 15 Prozent der Grünen-Wähler äußern Sympathien für die Linke. Von deren Wählern wiederum können sich auch 18 Prozent vorstellen, die SPD zu wählen, 14 Prozent die Grünen. Am flexibelsten sind die Wähler der FDP. Über ein Viertel kann sich auch vorstellen, bei der nächsten Wahl die Stimme der Union zu geben. Weitere 15 Prozent könnten auch die SPD und 14 Prozent die Grünen wählen. Im Gegensatz dazu zeigen die aktuellen Wähler der AfD am wenigsten Wechselbereitschaft. Keine Partei kommt auf einen zweistelligen Prozentsatz an Nennungen. Je 9 Prozent der AfD-Wähler können sich vorstellen, stattdessen SPD oder Union zu wählen.

**Tabelle 10:**

Welche Parteien könnten Sie sich grundsätzlich vorstellen, bei der nächsten Wahl zu wählen? Mehrfachnennungen möglich							
	Gesamt	Anhänger der ...					
		CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD
SPD	37	22	85	39	18	15	9
CDU/CSU	32	82	15	6	5	28	9
Bündnis 90/Die Grünen	17	10	21	82	14	14	4
FDP	11	15	6	2	2	87	5
Die Linke	11	2	10	15	84	2	6
AfD - Alternative für Deutschland	7	0	1	0	3	0	81
Piratenpartei	1	0	1	2	2	0	3
NPD	0	0	0	0	0	0	0
Andere Partei und zwar:	3	1	2	3	5	1	2
Keine davon	7	2	3	4	1	0	5
Weiß nicht	6	1	2	2	1	1	3
Keine Angabe	4	1	2	1	0	0	0
Angaben in Prozent							
Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2017							

Wichtigste Wahlmotive sind Inhalte, Personal und Vertrauen.

Für die zuletzt gewählte Partei wollten wir wissen, welche Rolle die unterschiedlichen Wahlmotive spielen. Über alle Wähler hinweg sind zwei Wahlmotive am wichtigsten. Jeweils 69 Prozent geben an, für ihre Wahlentscheidung sei sehr oder eher wichtig gewesen, dass die Partei die richtigen Weichen für die Zukunft stellt, sowie dass sie gute Lösungen anbietet. Zudem sagen zwei Drittel der Wähler, sie haben sich für eine Partei entschieden, weil sie gute Politiker habe. 63 Prozent geben als Wahlmotiv an, der Partei könne man grundsätzlich vertrauen. Damit liegen inhaltliche Aspekte, gutes Personal und Vertrauen auf den Top-Plätzen. Über die Hälfte der Wähler sagt zusätzlich, für ihre Wahlentscheidung sei es sehr oder eher wichtig gewesen, dass die Partei weiß, was Leute wie sie denken. 41 Prozent geben an, diese Partei immer zu wählen. Das Gegenteil, nämlich jedes Mal eine andere Partei zu wählen, ist mit 14 Prozent deutlich weniger verbreitet. Auch Protestmotive spielen insgesamt eine eher geringe Rolle. Ein gutes Viertel gibt als Wahlmotiv an, auf eine andere Partei sauer gewesen zu sein. Zusätzlich war es für ein Fünftel wichtig, es bei der letzten Wahl „den anderen Parteien mal zu zeigen“.

**Abbildung 14: Aus welchen Gründen haben Sie diese Partei gewählt? (sehr wichtig/eher wichtig)**



## AfD-Wähler wählen aus Protest.

Bei den Wählern der AfD ergibt sich ein etwas anderes Motivbündel. Sie legen insgesamt weniger Wert auf Inhalte und Personal, stattdessen haben sie die AfD überdurchschnittlich häufig gewählt, weil sie auf andere Parteien sauer waren (65 Prozent) oder um es den anderen Parteien zu zeigen (61 Prozent). Dass man der Partei grundsätzlich vertrauen könne, gibt dagegen nur ein Drittel der AfD-Wähler als Motiv an. 44 Prozent der AfD-Wähler sagen, die AfD habe gute Politiker. Etwa die Hälfte meint, für ihre Wahlentscheidung sei wichtig gewesen, dass die Partei gute Lösungen biete bzw. die richtigen Weichen für die Zukunft stelle. Zum Vergleich: Bei allen anderen Wählergruppen haben über zwei Drittel der Wähler dieses Wahlmotiv als eher oder sehr wichtig für ihre Entscheidung bezeichnet. Es zeigt sich, dass die Wähler der AfD die Partei nicht wegen ihrer Programmatik oder ihres Personals wählen und noch nicht einmal meinen, man könne der Partei vertrauen. Stattdessen überwiegen Protestmotive und die bei dieser Wählerschaft anzutreffende Unzufriedenheit mit anderen Parteien.

## Schlussbemerkung

Auch wenn in der medialen Diskussion viel von der wachsenden gesellschaftlichen Kluft gesprochen wird und das Bild einer gespaltenen, verängstigten, verunsicherten und unzufriedenen Gesellschaft gezeichnet wird: Die medial vermittelte und die gemessene Stimmung in der Bevölkerung weichen deutlich voneinander ab. Die Deutschen sind zufrieden und nicht pessimistisch. Nur in einem kleinen abgegrenzten Wählerpotential dominiert die Angst. Dieses Wählermilieu ist von allen anderen Parteienhängerschaften scharf abgegrenzt.

In den Umfragedaten zeichnen sich die größten Unterschiede in den Zufriedenheits- und Angstwerten zwischen Union und AfD ab. Ihre Wählerschaften sind wie Antipoden. Einerseits eine zuversichtliche Unionsanhängerschaft, andererseits eine verunsicherte AfD-Anhängerschaft. Die AfD-Anhänger weisen – wenn überhaupt – Ähnlichkeiten mit der Linken auf. Angstkommunikation nutzt der AfD, nicht den anderen Parteien.

Die grundsätzlichen Einstellungen zeichnen sich durch Optimismus und Zufriedenheit aus. 84 Prozent stimmen der Aussage zu „Alles in allem geht es mir gut“. 81 Prozent stimmen der Aussage zu „In Deutschland kann man gut leben“. Eine andere Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema sozialer Aufstieg ergab, dass 33 Prozent in den nächsten zehn Jahren sogar eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse erwarten, weitere 49 Prozent erwarten keine starken Veränderungen und gerade einmal 12 Prozent befürchten eine Verschlechterung<sup>5</sup>. Wie Umfragedaten anderer Institute zeigen, befindet sich auch die wirtschaftliche Zufriedenheit auf einem hohen Niveau<sup>6</sup>.

Dabei ist den Deutschen aber die Fürsorge für Schwächere von großer Bedeutung. „Wir dürfen die, denen es in Deutschland schlechter geht, nicht vergessen“ ist die Grundstimmung, der 91 Prozent zustimmen. Auch wenn es den Deutschen in ihrer Beurteilung gut geht, zeigen sie gleichzeitig Mitgefühl.

Dennoch zeigen sich auch einige kritische Aspekte. Jeweils etwa ein Drittel der Befragten ist der Ansicht, man könne nicht mehr sagen, was man eigentlich denkt, und stimmt der Aussage zu, dass Politiker an „Leute wie mich“ nicht denken würden.

Die Anhänger der AfD und der Linken zählen bei allen Fragen zu denen, bei denen sich negative Einstellungen am häufigsten zeigen. Diese Tendenz ist bei den Anhängern der AfD deutlich ausgeprägter als bei den Wählern der Linken.

Vor allem apokalyptische Szenarien finden dort Zuspruch: So stimmen 88 Prozent der AfD-Anhänger der Aussage zu „Wenn das so weitergeht, sehe ich schwarz für Deutschland“. In der Anhängerschaft der Grünen sagen dies 12 und in der Anhängerschaft der Union 15 Prozent. Auch Angst findet in der AfD-Anhängerschaft große Verbreitung: 77 Prozent sind der Ansicht: „Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt, aber ich habe häufig Angst vor dem, was kommen wird“. Von den Anhängern der Union teilen 26 Prozent diese diffuse Zukunftsangst. In fast allen Einstellungen steht sich die Anhängerschaft der AfD und der Union wie Antipoden gegenüber. Optimismus und Zukunftszuversicht auf der einen, Angst und Untergangsszenarien auf der anderen Seite. Die Anhängerschaften der anderen Parteien liegen meistens zwischen den Polen.

Von einer langen Reihe von hier getesteten Begriffen ragen zwei besonders heraus. Mit Eigenverantwortung und Verantwortung verbinden fast alle Befragten etwas Gutes. Sicherheit und Wohlstand sowie solide Finanzen wecken ebenso positive Assoziationen wie Begriffe, die eine individuelle Anstrengung beinhalten, wie lebenslanges Lernen oder Fördern und Fordern.

In einer offenen Frage nach dem, was Deutschland ausmacht, landen die Demokratie und deren Freiheitsrechte sowie die soziale Absicherung ganz oben. Aber auch Sicherheit und Frieden werden überraschend häufig genannt. Auch Vielfalt, Toleranz und Solidarität ist den Befragten sehr wichtig.

Ein Rechtsruck der Bevölkerung und eine Verschiebung der Wahrnehmung des Parteiensystems sind nicht auszumachen. Die Bevölkerung stuft sich selbst leicht links von der Mitte ein, die CDU steht etwas rechts von der Bevölkerung, die CSU wird etwas weiter rechts eingestuft als die CDU und die SPD wird leicht links von der politischen Mitte verortet. Während bei allen Parteien die Selbsteinstufung der Anhänger und die Positionierung der präferierten Partei sehr eng beieinander liegen, ist die Einstufung der AfD- und der Linken-Anhängerschaft abweichend. Die AfD als Partei wird deutlich weiter rechts eingestuft als die Anhänger sich selbst positionieren. Umgekehrt ist das bei der Linken sichtbar. Diese Parteien weisen daher eine große Kluft zwischen Anhängern und ideologischer Positionierung auf. Bei den anderen Parteien befinden sich die Anhänger fast idealtypisch dort, wo sie auch die Partei sehen.

- 1] *Es wurden insgesamt 2.000 Personen repräsentativ telefonisch befragt. Die Befragung wurde sowohl über Mobilfunk (30 Prozent) als auch über Festnetz (70 Prozent) durchgeführt. Um mehr Themenbereiche abdecken zu können, wurde bei manchen Fragen ein sogenannter Split-Half verwendet, d.h. die eine Hälfte der Befragten bekam andere Aussagen zur Bewertung als die andere Hälfte der Befragten. Jede Frage bzw. Aussage wurde von mindestens etwa 1.000 Befragten beantwortet.*
- 2] *Dabei wurde bei Begriffen wie Ehegatten-Splitting oder kalte Progression nicht nach einer Beibehaltung oder Abschaffung, sondern lediglich nach einer Wertung des Begriffes als solchem gefragt. Zudem wurde bei keinem Begriff die Wichtigkeit erhoben. Es lässt sich also nur etwas über die Wertung, nicht jedoch über die Wichtigkeit der Begriffe aussagen.*
- 3] *Forschungsgruppe Wahlen e.V., 2017, Politbarometer KW 10/2017.*
- 4] *Vgl. Pokorny, Sabine, 2016, Was uns prägt. Was uns eint. Integration und Wahlverhalten von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländern, Sankt Augustin/Berlin, S. 13f.*
- 5] *Vgl. Sabine Pokorny, 2017, Gesundheit und Familie vor Arbeit und Einkommen – Studie zum sozialen Aufstieg in Deutschland. Analysen & Argumente, Ausgabe 247, Sankt Augustin/Berlin.*
- 6] *Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V., 2017, Politbarometer KW 14/2017.*

### Die Autorin

*Dr. Sabine Pokorny wurde 1981 in Wesel geboren. Sie studierte Soziologie, Englische und Italienische Philologie an der Universität zu Köln. 2007 bis 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität Berlin. Seit September 2011 Koordinatorin Empirische Sozialforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin.*

### Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

*Ansprechpartner:*

**Dr. Sabine Pokorny**

*Koordinatorin Empirische Sozialforschung*

*Hauptabteilung Politik und Beratung*

*Telefon: +49(0)30/26996-3544*

*E-Mail: [sabine.pokorny@kas.de](mailto:sabine.pokorny@kas.de)*

**Thomas Köhler**

*Hauptabteilungsleiter*

*Hauptabteilung Politik und Beratung*

*Telefon: +49(0)30/26996-3550*

*E-Mail: [thomas.koehler@kas.de](mailto:thomas.koehler@kas.de)*

*Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin*



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Bildvermerk Titelseite  
© animaflora/fotolia.com

ISBN 978-3-95721-335-8

[www.kas.de](http://www.kas.de)